

Politische Forderungen – Kampagne für einen gerechten Übergang

Gerechter Strukturwandel: Nichts über uns ohne uns!

Dokument verabschiedet in der 21. Sitzung des Exekutivausschusses von industriAll Europe
Virtuelle Sitzung, 22. September 2021

Als Industrie-, Bergbau- und Energiegewerkschaften unterstützen industriAll Europe und ihre Mitglieder das Ziel der Klimaneutralität bis 2050, und wir erkennen an, dass für 2030 mehr Ehrgeiz erforderlich ist, um dieses zu erreichen. Der Klimawandel ist Realität. Wir haben nur noch wenig Zeit, um die schlimmsten Szenarien zu vermeiden, die die Arbeitnehmer*innen und die Schwächsten in der Gesellschaft und in der Welt am härtesten treffen werden. Die Dekarbonisierung muss zu einer Transformation führen, nicht zu einer Deindustrialisierung - der Markt allein wird dies nicht leisten.

Mit der Unterstützung des europäischen Green Deal haben sich die europäischen Staats- und Regierungschefs dazu verpflichtet, dass der notwendige Strukturwandel mit einem gerechten Strukturwandel einhergehen wird. Dieser Rhetorik müssen dringend konkrete Pläne und Maßnahmen folgen, denn die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft und Gesellschaft wird Auswirkungen auf alle unsere Mitglieder und Branchen haben. Die Schließung der Investitionslücke zur Beschleunigung der Bereitstellung der erforderlichen Technologien und Infrastrukturen, das Behaupten der Führungsrolle der europäischen Industrie in Bezug auf strategische Technologien und Wertschöpfungsketten und das Schaffen hochwertiger Arbeitsplätze auf unserem Kontinent erfordert eine Sozial- und Industriepolitik, die unseren klimapolitischen Ambitionen entspricht. In Verhandlungen vereinbarte „Wege für den Wandel“ bis 2050 für alle Industriezweige, mit realistischen Zwischenzielen, sind von entscheidender Bedeutung für die Festlegung von Maßnahmen auf verschiedenen politischen, geografischen und industriellen Ebenen.

Die europäischen Politiker*innen haben die Möglichkeit, da das so genannte „Fit for 55“- Paket den Europäischen Rat und das Europäische Parlament durchläuft. IndustriAll Europe fordert:

Robuste EU-Rahmenbedingungen für einen gerechten Strukturwandel für alle betroffenen Branchen und Arbeitnehmer*innen

„Just Transition“ (gerechter Strukturwandel), einst ein Schlagwort der Gewerkschaften, gehört endlich zum allgemeinen Sprachgebrauch der europäischen Politiker*innen und nationalen Entscheidungsträger*innen. Für die Gewerkschaften bedeutet „Just Transition“ die Antizipation und das Bewältigen von Wandel, wobei die Beteiligung der Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innen eine unabdingbare Voraussetzung ist. Nichts über uns ohne uns.

Der endgültige Beschluss über die Einrichtung des Just Transition Fund (JTF) im Juni 2021 stellt einen wichtigen Sieg für die Gewerkschafter*innen dar - er ist aber in Umfang und Größenordnung zu begrenzt. Außerdem sind

die Ressourcen nur ein Aspekt. Es wird selten auf die Notwendigkeit eines echten Instrumentariums an Rechten hingewiesen, wenn es darum geht sicherzustellen, dass die Übergänge für die einzelnen Beschäftigten reibungslos verlaufen. Durch die Dezentralisierung der Tarifverhandlungssysteme und den schwachen sozialen Dialog wurden die vorhandenen Instrumente stattdessen in vielen europäischen Ländern anhaltend angegriffen, was durch die Sparpolitik in Folge der letzten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise noch verschärft wurde. Die Umkehrung dieses Trends ist eine Voraussetzung für die Gestaltung eines sozial gerechten und verantwortungsvollen Übergangs zur Klimaneutralität, während gleichzeitig das Vertrauen und die Unterstützung der europäischen Arbeitnehmer*innen und Bürger*innen sichergestellt wird.

Wie lauten unsere konkreten Forderungen?

1. Angemessene **Ressourcen** für einen gerechten Strukturwandel, der niemanden und keine Region zurücklässt: Ein gerechter Strukturwandel kann nur gelingen, wenn hochwertige Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden, alle Regionen florieren können und sozioökonomische Ungleichheiten beseitigt werden. Europa braucht eine nachhaltige Industriepolitik, die das Beschäftigungspotenzial des Übergangs zu einer emissionsfreien Industrie ausschöpft und gleichzeitig Investitionen zur Umgestaltung der industriellen Basis sichert. Der Übergang von einem Arbeitsplatz zum anderen muss unterstützt werden, was ernsthafte Investitionen in aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, Umschulung und Fortbildung voraussetzt: Schätzungen zufolge kostet die Fortbildung/ Umschulung eines Arbeitnehmers 10 000 €. Derzeit sind die Mittel des JTF für die anstehende Aufgabe unzureichend. Es müssen Mittel aus dem EU-Haushalt, aus nationalen Fonds und von der Industrie bereitgestellt werden. Ein gerechter Strukturwandel ist zwar nicht kostenlos, die Kosten schlecht bewältigter Übergänge sind für den Einzelnen, die Regionen und die Gesellschaft als Ganzes jedoch viel höher.
2. Trotz der Bedeutung der Industrie und des Ausmaßes des aktuellen Wandels steht **eine klare, detaillierte Bestandsaufnahme der Beschäftigungsfolgen** einer Umstellung auf klimaneutrale Branchen auf regionaler Ebene noch aus. Ohne zu wissen, wo genau die betroffenen Arbeitnehmer*innen zu finden sind, können Umschulungs- und Qualifizierungsprogramme nicht so zugeschnitten werden, dass ein Übergang von einem Arbeitsplatz zum anderen gewährleistet wird. Diese Analyse muss von den öffentlichen Behörden in Abstimmung mit den Sozialpartnern durchgeführt werden.
3. **Antizipation des Wandels und sozialer Dialog für alle Arbeitnehmer*innen**: 2013 schlug das Europäische Parlament einen europäischen Rechtsrahmen für die Antizipation und Bewältigung des Wandels vor - dieser sollte geschaffen werden, um sicherzustellen, dass die Arbeitnehmer*innen ein Mitspracherecht haben, wenn es um den Übergang an ihren Arbeitsplätzen und in ihren Regionen geht und um den sozialen Dialog und die Tarifverhandlungen zu stärken.
4. **Ein Instrumentarium an Rechten, um sicherzustellen, dass die Übergänge für die einzelnen Arbeitnehmer*innen reibungslos verlaufen**: Aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müssen sich mit der Dringlichkeit von Aus- und Weiterbildung befassen, die Umschulung und Weiterqualifizierung gewährleisten, um die Arbeitnehmer*innen für Arbeitsplätze in und zwischen verschiedenen sich im Wandel befindlichen Branchen zu rüsten. Jeder Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin, unabhängig von seinem/ ihrem Arbeitsvertrag, muss das Recht auf qualitative Aus- und Weiterbildung und lebenslanges Lernen haben.

5. **Politische Zusammenarbeit und Austausch bewährter Praktiken:** Ein gerechter Strukturwandel wird auf lokaler Ebene in den regionalen Volkswirtschaften und Unternehmen stattfinden, aber es gibt vieles, was durch gemeinsame politische Ziele und den Austausch bewährter Praktiken geregelt werden kann. Die Plattform für einen gerechten Übergang sollte auf alle Branchen ausgedehnt werden, die vom europäischen Green Deal betroffen sind. Ein Beispiel: Das Ökosystem Mobilität, das 16 Millionen Arbeitsplätze in Europa, auch im verarbeitenden Gewerbe, umfasst, wird als unmittelbare Folge der Vorschläge des „Fit for 55“- Pakets, z. B. der strengeren Emissionsnormen, stark betroffen sein. Dennoch gibt es derzeit auf EU-Ebene keinen Just Transition-Rahmen, der den Strukturwandel in dieser wichtigen Branche widerspiegelt. Die „Wege für den Übergang“ müssen im Rahmen des sozialen Dialogs und unter Beteiligung der Arbeitnehmer*innen mitgestaltet werden.

Ohne sozialen Deal wird es keinen Green Deal geben

Politische Untätigkeit oder Alibimaßnahmen im Zusammenhang mit dem gerechten Strukturwandel bergen große Risiken für Europa. In Anbetracht der vielen Arbeitsplätze, die auf dem Spiel stehen, und des Ausmaßes des aktuellen Wandels könnten soziale Verwerfungen infolge eines schlecht bewältigten Strukturwandels die Erfolgsaussichten des europäischen Green Deal ernsthaft untergraben.

Wir sind uns bewusst, dass die Welt beobachtet, wie die EU und die nationalen Regierungen unsere Klimaziele umsetzen, und wir möchten, dass Europa auch bei der Umsetzung des gerechten Strukturwandels eine Führungsrolle übernimmt. Arbeitnehmer*innen in ganz Europa mobilisieren, um ihr Recht auf Beteiligung an der Umgestaltung unserer Arbeitsplätze und Industrien einzufordern - heute und in Zukunft.